

WEITBLICK

ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK



2021 | 3

Umgang mit den Folgen des Klimawandels

Herausforderungen und Lösungsansätze:

Partner:innen und Betroffene berichten aus Bangladesch, Malawi, Sri Lanka, Indien, Deutschland, dem Senegal und von den Philippinen – Seite 2 bis 4

EDITORIAL



Sven Harmeling
Vorstandsmitglied
von Germanwatch

Liebe Leser:innen,

selten zuvor standen bei einer UN-Klimakonferenz die Folgen der Klimakrise so im Mittelpunkt wie bei der COP26 in Glasgow. Sie treffen heute schon viele Millionen Menschen weltweit, untergraben ihre Lebensbedingungen und zwingen sie, ihre Heimat zu verlassen. Sie sind gleichzeitig ein Fall der globalen wie auch der intergenerationellen Ungerechtigkeit im Klimawandel. Der Umgang mit den Klimaschäden (Loss & Damage) ist noch weitgehend unregelt, die Hauptverursacher – ob Staaten, Unternehmen oder die Superreichen dieser Welt – entziehen sich weitestgehend ihrer Verantwortung. So zentral der Klimaschutz zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze und zur Begrenzung der Schäden ist, auch die proaktive Klimaanpassung wie auch Maßnahmen nach Schadenseintritt müssen gestärkt werden, um Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in ärmeren Ländern in der Klimakrise noch möglich zu machen. Der UN-Klimaprozess sowie die deutsche G7-Präsidentschaft im nächsten Jahr müssen diese Gerechtigkeitsagenda weiter vorantreiben. Die vorliegende Ausgabe liefert dafür wichtige Impulse.

Sven Harmeling

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Renato Redentor Constantino,
Geschäftsführer des Institute
for Climate and Sustainable
Cities (ICSC), Philippinen

Das blinde Streben nach Produktivität – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – als einziger Maßstab des Fortschritts ist der Grund dafür, dass wir heute dort sind, wo wir sind. Daher besteht eine kollektive Aufgabe der Menschheit darin, die Resilienz so früh wie möglich in den Mittelpunkt der makroökonomischen Grundlagen zu stellen. Die Verwirklichung dieses Ziels ist ein gewaltiges Unterfangen und es ist sicherlich hilfreich, dass die vom Klimawandel besonders bedrohten Länder auf Partner:innen wie Germanwatch zählen können.

Menschen angesichts von Wetterkatastrophen nicht allein lassen

Lösungsansätze zum Umgang mit Schäden und Verlusten im Globalen Süden

„Der Klimawandel hat bereits Auswirkungen auf alle bewohnten Regionen der Welt“, stellt das zentrale Gremium der Klimawissenschaft, der Weltklimarat (IPCC), in seinem jüngsten Bericht fest. Das Jahr 2021 hat uns von Madagaskar bis Indien, von Deutschland bis Nordamerika, von Grönland bis Griechenland vor Augen geführt, was das heißt. Das Risiko von Flutkatastrophen wie im Ahrtal hat sich in Mitteleuropa durch die Klimakrise bereits um das bis zu Neunfache erhöht. Alleine für die Schäden und Verluste durch das Hochwasser in Deutschland mussten bislang 30 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Eine Summe, die viele Länder nicht mobilisieren können.

Weltweit ist der arme Teil der Bevölkerung am stärksten von der Klimakrise betroffen. Ganz besonders gilt dies in Ländern des Globalen Südens. Einerseits sind diese geografisch besonders exponiert und andererseits sind viele Menschen dort aufgrund von Armut, Benachteiligung oder schlechter Regierungsführung besonders verletzlich. Immer häufigere und intensivere Extremwetterereignisse bringen Menschen und Regierungen oft an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit.

Die direkten Herausforderungen, etwa durch Dürren und Ernteausfälle oder Überflutungen und die Versalzung von Böden, sind das eine. Zunehmend wird die Klimakrise aber auch zum Risikomultiplikator: In der Region um den Tschadsee wird – u. a. wegen des Klimawandels – der Zugang zu Süßwasser, Weideland und Fischbeständen knapp, was Konflikte darum befördert. So gelangt die Klimakrise inzwischen auch immer wieder auf die Agenda des Weltsicherheitsrats.

Für eine wirkungsvolle Strategie der Weltgemeinschaft geht es einerseits darum, die unbewältigbaren Klimawandelfolgen zu verhindern (Klimaschutz) sowie gleichzeitig die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise möglichst zu begrenzen und zu bewältigen (Umgang mit Klimawandelfolgen).

Dazu müssen die Ziele des Pariser Klimaabkommens wirkungsvoll und schnellstmöglich umgesetzt werden. Erstens bedarf es transformativen Klimaschutzes, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5°C zu begrenzen. Zweitens lassen sich schon jetzt nicht mehr alle Klimawandelfolgen – weder langsam voranschreitende noch Extremwetterereignisse – verhindern. Menschen und Staaten müssen sich schon heute daran anpassen, um sich bzw. die betroffenen Ökosysteme und Gemeinschaften zu schützen.

Die menschliche Anpassungsfähigkeit hat jedoch technische, finanzielle und physische Grenzen, denn nicht alle Schäden und Verluste lassen sich verhindern – etwa das „Versinken“ ganzer Inseln oder eine für den Menschen unerträgliche Außentemperatur (siehe Kasten auf dieser Seite). Betroffene Länder müssen nicht nur bei Klimaschutz und Anpassung, sondern auch beim Einsatz menschenrechtsbasierter Instrumente zur Bewältigung der Schäden und Verluste unterstützt werden. Hierfür bedarf es einer Aufstockung der internationalen Klimafinanzierung.

Eine Reihe **vielversprechender Instrumente zur Bewältigung der Klimawandelrisiken und -folgen** wird momentan in Ländern des Globalen Südens erprobt und umgesetzt. **Diese Instrumente, ihre Vorteile und Herausforderungen werden in diesem WEITBLICK von unseren Partnerorganisationen in sechs Ländern vorgestellt (S. 2 bis 4).** Dazu gehören die vielversprechenden Klimarisikoversicherungen, die allerdings Menschen ohne regelmäßiges Einkommen nur erreichen, wenn die Versicherungsprämie subventioniert wird. Länder



Eine Frau trägt Vorräte über eine überflutete Straße in Cap-Haïtien. Nach heftigem Starkregen war der Norden Haitis im Jahr 2014 vielerorts von Überschwemmungen betroffen, tausende Menschen wurden obdachlos. Die Bewältigung von klimawandelbedingten Schäden und Verlusten ist eine große Herausforderung. Länder wie Haiti sollten dabei von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden.

wie etwa *Malawi* oder Einzelpersonen wie Kleinbäuer:innen in *Sri Lanka* oder kleine und mittelständische Unternehmen auf den *Philippinen* können sich damit gegenüber dem erhöhten Risiko für Fluten, Dürren und Wirbelstürme absichern. Selbst wenn sie für arme Menschen zugänglich sind, lassen sich Versicherungen aber kaum als Instrument bei langsam voranschreitenden Klimawandelfolgen wie dem Meeresspiegelanstieg einsetzen. Welche Herausforderungen das für die Ärmsten bedeutet und wie soziale Sicherungssysteme im Umgang damit helfen, zeigen wir am Beispiel des *Senegals*. Alle hier beschriebenen Instrumente zum Umgang mit Klimawandelfolgen funktionieren nur als Teil eines umfassenden Risikomanagementansatzes. Ein solcher wird momentan in *Bangladesch* als Teil des nationalen Mechanismus für Schäden und Verluste entworfen. Beispielhaft zeigt schließlich der Klima-Risiko-Atlas aus *Indien*, wie ein besseres Verständnis der Risiken bis hin zur lokalen Ebene dabei helfen kann, über die optimale Zusammensetzung der Instrumente zu entscheiden.

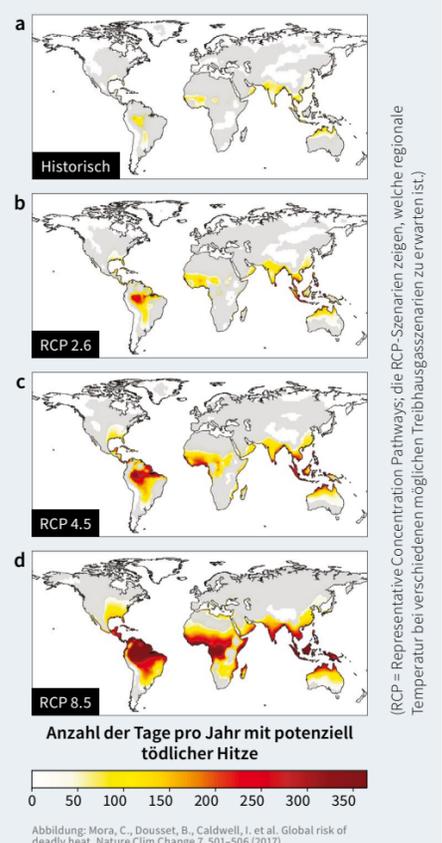
Deutschland kann im nächsten Jahr – während seiner G7-Präsidentschaft und beim Petersberger Klimadialog – die stockende internationale Strategie für Schäden und Verluste deutlich voranbringen. Vor allem nach den gescheiterten Verhandlungen zur Finanzierung von Schäden und Verlusten auf dem Klimagipfel in Glasgow ist es wichtig, hierzu neue Zeichen zu setzen. Dabei gilt es, mögliche Ergebnisse für den Klimagipfel 2022 vorzubereiten und auch konkrete Umsetzungsallianzen und -instrumente auf den Weg zu bringen. Eine Möglichkeit dafür sind Transformationspartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens auf Augenhöhe – basierend auf dem Verständnis der Ziele für nachhaltige Entwicklung, nach denen die Weltgemeinschaft als Wissensgemeinschaft und alle Länder als Entwicklungsländer anzusehen sind. So kann auch Deutschland – wie die Flutkatastrophen dieses Jahres gezeigt haben – von Ländern wie Bangladesch beim Umgang mit Flutereignissen viel lernen.

Laura Schäfer, Vera Künzel & Rixa Schwarz

Grenzen der Anpassung

Wie wichtig es ist, die Klimakrise rechtzeitig einzudämmen, verdeutlichen die Grenzen der Anpassung. Diese Grenzen sind einerseits erreicht, wenn die technischen oder finanziellen Kapazitäten betroffener Länder nicht ausreichen, um Maßnahmen zu ergreifen. Dies trifft ärmere Länder wie Bangladesch, die auch aufgrund ihrer geografischen Exposition stärker verwundbar sind, besonders hart.

Die Anpassungsfähigkeit stößt andererseits schlicht an physische Grenzen. Dies zeigt die nebenstehende Grafik: Bereits bei einem globalen Temperaturanstieg von 1,5°C (Bild b) erhöht sich die lokale Temperatur in Teilen Südamerikas und Asiens so stark, dass sich die Menschen an mehr als der Hälfte der Tage eines Jahres nicht mehr im Freien aufhalten können – und mit steigender Durchschnittstemperatur werden immer mehr Regionen der Welt betroffen sein. Technisch lässt sich diese Herausforderung kaum lösen. Aus diesem Grund sind eine ambitionierte Emissionsreduktion und Anpassungspolitik unersetzlich, um Schäden und Verluste zu vermeiden.



(RCP = Representative Concentration Pathways; die RCP-Szenarien zeigen, welche regionale Temperatur bei verschiedenen möglichen Treibhausgaszenarien zu erwarten ist.)

Bangladesch

Herausforderungen: Wirbelstürme, Überschwemmungen

Lösungsansatz: Ein nationaler Mechanismus zum Umgang mit klimawandelbedingten Schäden und Verlusten

„Es wäre besser für mich gewesen, in diesem Wirbelsturm zu sterben“, sagte er leise. Das ist nicht die Antwort, die man erwartet oder gar erhofft, wenn man in der Entwicklungszusammenarbeit tätig ist. Bangladesch hat in den letzten Jahrzehnten unglaubliche Fortschritte dabei gemacht, die Zahl der Todesopfer bei Wirbelstürmen zu verringern. Warum in aller Welt sollte jemand sagen, dass er lieber gestorben wäre?

Ich traf Abdul Samed Molla im Jahr 2014 auf einer kleinen Küsteninsel namens Mazer Char während eines Außeneinsatzes. Er saß am Flussufer direkt vor seinem Haus. Zu diesem Zeitpunkt gab es eine Zyklonwarnung und der Himmel war leicht bewölkt. Molla wirkte müde, als er auf den Fluss zeigte und mir erzählte, dass er bereits zwei Häuser durch Ufererosion verloren habe und sein jetziges Haus direkt am Flussufer liege. Er war auch besorgt über die aktuelle Warnung: Sie erinnerte ihn daran, dass ein Wirbelsturm sein Leben zerstört hatte.

Bevor der Zyklon Sidr im Jahr 2007 zuschlug, war Molla, relativ gesehen, ein reicher Mann. Er besaß ein kleines Stück Land und 13 Kühe, die ihm täglich etwa 100 Liter Milch zum Verkauf lieferten. Molla überlebte zwar den Wirbelsturm, seine Kühe jedoch nicht. Er erklärte: „Ich habe meine Kühe bis auf eine verloren. Ich habe hier und da ihre Leichen gefunden, einige von



Eine überschwemmte Straße in Satkhira im Süden von Bangladesch. Immer wieder haben die Menschen in den Küstenregionen mit Überflutungen zu kämpfen, insbesondere nach Wirbelstürmen.

ihnen wurden weggeschwemmt. Ich fühlte mich so hilflos, dass ich an nichts mehr denken konnte. Was soll ich also jetzt verkaufen? Was soll ich pflügen, nachdem mein Land erodiert ist?“

Während wir in globalen Verhandlungen und auf Konferenzen über Schäden und Verluste sprechen, sind es Menschen wie Molla, die damit unmittelbar konfrontiert sind. Dabei geht es nicht nur um ihre wirtschaftlichen Verluste und Schäden, sondern auch um den Verlust ihrer Identität, ihres sozialen Status – und um das Trauma, das sie erleiden.

Bangladesch versucht derzeit, einen nationalen Mechanismus für Schäden und Verluste zu ent-

wickeln. Die Diskussion versandete im ersten Versuch in den Mühlen der Bürokratie. Nun hat das Land den Vorsitz des Climate Vulnerable Forum (CVF) übernommen (dabei handelt es sich um eine Gruppe von 48 besonders vom Klimawandel betroffenen Ländern). Anschließend hat Premierministerin Shaikh Hasina das Thema Schäden und Verluste zu einem der ständigen Tagesordnungspunkte bei allen Sitzungen erklärt. Sie hat die Diskussion über den Mechanismus für Schäden und Verluste wieder aufgenommen und einen konkreten Arbeitsplan entwickelt, um zu klären, wie er ausgestaltet sein sollte.



Der Mechanismus soll Menschen wie Abdul Samed Molla dabei helfen, das Risiko für Extremwetterereignisse besser einschätzen und reduzieren zu können. (Finanzielle) Unterstützung soll zudem den Umgang mit konkreten Schäden nach Extremwetterereignisse erleichtern, damit die Betroffenen wenn möglich ihre Häuser, evtl. an einem anderen Ort, wiederaufbauen, ihre Arbeit wiederaufnehmen und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können.

Istiakh Ahmed, International Centre for Climate Change and Development

Sri Lanka

Herausforderungen: Hitzewellen, Dürren, Starkregen

Lösungsansatz: Klimarisikoversicherungen für Kleinbäuer:innen

„Seit ich fünfzehn bin, arbeite ich in der Landwirtschaft“, sagt J. Niroshini Saman Kumari, eine 44-jährige Landwirtin aus Sri Lanka mit zwei Töchtern. „Vor ein paar Jahren habe ich acht Morgen Reis bewirtschaftet. In einer Saison hatten wir große Verluste durch eine Elefantenherde, konnten aber trotzdem noch einen Teil der Ernte einbringen. Dann regnete es drei Tage am Stück und die gesamte eingebrachte Ernte wurde schwarz.“

Hitzewellen, Dürren oder jahreszeituntypischer Starkregen – als tropischer Inselstaat im Indischen Ozean ist Sri Lanka hochgradig vom Klimawandel betroffen. Wie Frau Kumari bestreiten viele Menschen im Land ihren Lebensunterhalt durch Landwirtschaft. Oft fehlen die Rücklagen, um sich von unerwarteten Verlusten zu erholen. Damit hängt der Lebensunterhalt von jeder erfolgreichen Ernte ab, mit deren Einkünften Kredite für den Kauf von Saatgut, Dünger, Schädlingsbekämpfungsmitteln oder Landmaschinen zurückgezahlt werden müssen. Ohne Ernte fehlt das Einkommen, um den Anbau in der nächsten Saison zu finanzieren.

„Weil ich meine Schulden nicht tilgen konnte, bin ich als Gastarbeiterin ins Ausland gegangen“, erklärt Frau Kumari. Andere Kleinbäuer:innen verkaufen ihre Nutztiere, borgen von Nachbar:innen oder versuchen, ein zusätzliches Kleingewerbe zu betreiben. Um die Existenzgrundlagen der Landwirt:innen zu festigen, betreibt die sri-lankische Regierung seit den 1960er Jahren ein Programm, das sie gegen Wetterschäden an Anbaupflanzen wie Reis, Mais, Sojabohnen, Zwiebeln, Kartoffeln und Chili versichert. Kommt es nach einer Dürreperiode oder einem Starkregen zu Ernteaussfällen, wird der Schaden durch Regierungsbeamte beurteilt und die Landwirt:innen erhalten eine entsprechende Entschädigung.

Dieses Sicherheitsnetz stärkt die Widerstandskraft der Kleinbäuer:innen gegen den Klimawandel. Allerdings kennen sie sich oft nicht gut



genug mit Klimarisikoversicherungen aus und stehen dem Angebot dementsprechend skeptisch gegenüber. Die Versicherungsprämien dafür wurden bis vor Kurzem automatisch beim Düngemittelkauf eingezahlt, momentan trägt die Regierung sie aufgrund einer strukturellen Umstellung der Düngemittelverteilung aus dem öffentlichen Haushalt.

An dieser Stelle setzt der gemeinnützige Think-Tank „SLYCAN Trust“ an. Er ist auf nationaler Ebene und in Gemeinden vor Ort aktiv, um Aufklärungsarbeit zu leisten, die Probleme der Kleinbäuer:innen zu verstehen und Lücken in Politik und Versicherungswesen zu identifizieren, um dann Lösungsansätze und Strategien auszuarbeiten. Versicherungen können helfen, müssen aber Teil einer ganzheitlichen Strategie sein, die auch Aspekte wie bessere Anbaumethoden, widerstandsfähige Pflanzensorten, Wettervorhersagen oder natürliche Schädlingsbekämpfung beinhaltet.

Dennis Mombauer, SLYCAN Trust



Der sri-lankische Think-Tank „SLYCAN Trust“ sucht den Austausch mit Kleinbäuer:innen, um sie unter anderem über Klimarisikoversicherungen zu informieren.

Malawi

Herausforderungen: Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren

Lösungsansatz: Klimarisikoversicherung durch die „Afrikanische Risikokapazität“

Als Zyklon Idai im März 2019 Malawi, Simbabwe und Mosambik heimsuchte, verursachte er weitreichende Überschwemmungen und massive Schäden. Über 700 000 Menschen in Malawi waren von dem Wirbelsturm betroffen. Darunter war auch die ältere Dame Gogo Juliana aus dem Bezirk Chiradzulu im Süden des Landes. Bei den Überschwemmungen verlor sie ihr kleines Haus, ihren Besitz, ihre Ernte – und fast ihr Leben.



Nur eine einzelne Mauer blieb nach dem Zyklon Idai von Gogo Julianas Haus übrig.

Wie kann Malawi, eines der ärmsten Länder der Welt, seine Bevölkerung dabei unterstützen, Existenzen nach Unwetterkatastrophen wie Idai wiederaufzubauen? Um ihren Mitgliedstaaten zu helfen, ihre Vorbereitung und Reaktion auf extreme Wetterereignisse und Naturkatastrophen auf nationaler Ebene zu verbessern, hat die Afrikanische Union im Jahr 2014 die „Afrikanische Risikokapazität“ (African Risk Capacity – ARC) gegründet. Zur ARC gehört auch ein sogenannter „Multi-Hazard-Index“. Der Index bildet ab, wie sich die Intensität/Häufigkeit von Klimaereignissen in bestimmten Regionen verändert und stellt dementsprechend Anpassungsinvestitionen zur Verfügung. Die Höhe dieser Auszahlungen wird alle fünf Jahre festgelegt. Die finanziellen Mittel, die dafür benötigt werden, stammen unter anderem aus einem Risikopool, in den alle Mitgliedsstaaten jährlich einzahlen.

Da die malawische Regierung 2019 allerdings nicht in den Risikopool eingezahlt hatte, konnte



sie Menschen wie Gogo Juliana nicht helfen – und diese konnten sich auch nicht selbst versorgen. Noch neun Monate nach der Katastrophe war Gogo Juliana auf Wohltäter:innen angewiesen, um ihr Haus wiederaufzubauen und lebensnotwendige Dinge wie Lebensmittel, Kleidung und Medizin zu erhalten. Ihre Geschichte ist tragisch, aber nicht ungewöhnlich: Malawi hat allein in den letzten fünf Jahrzehnten 19 große Überschwemmungen und sieben schwere Dürren erlebt.

Aus diesem Grund ist die ARC so wichtig. Sie könnte der malawischen Regierung dabei helfen, die Widerstandsfähigkeit ihrer Bürger und Ökosysteme gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu stärken. Sollte am Ende des Fünfjahreszeitraums eine Auszahlung an Malawi erfolgen, könnte die Regierung in Frühwarnsysteme und Evakuierungsprotokolle investieren. Auf diese Weise wäre es möglich, die Bevölkerung an sichere Orte zu evakuieren, bevor die Katastrophe eintritt.

Außerdem könnte die Regierung klimafreundliche Landwirtschaft fördern, damit das Recht auf Nahrung trotz des Klimawandels gesichert ist. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, dass Malawi in eine klimasichere Infrastruktur investiert, die das Ausmaß der Schäden begrenzt. All dies würde dazu beitragen, dass Gogo Juliana und andere Malawier besser vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels geschützt sind.

Yamikani Mlangiza, CISONECC

Ann. d. Red.: Aus Sicht von Germanwatch verdeutlicht dieser Artikel, dass geprüft werden muss, wie die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung für die ARC so weiterentwickeln kann, dass die Beitrittschürde für arme Länder wie Malawi möglichst gering ist. Gleichzeitig sollte das Versicherungsdesign Anreize für eine risikovermindernde Anpassung an den Klimawandel setzen, um Schäden und Verluste möglichst zu vermeiden.

Klimarisikoversicherungen

Gut gestaltete und menschenrechtsbasierte Klimarisikoversicherungen können nach Extremwetterereignissen schnelle Hilfe für betroffene Menschen bieten und durch Anreizsysteme gleichzeitig zur Risikoreduktion beitragen. Um Menschen ohne regelmäßiges Einkommen abzusichern, muss die Versicherungsprämie allerdings subventioniert werden. Nach dem Verursacherprinzip wäre es am sinnvollsten, wenn dies etwa durch eine CO₂-Abgabe finanziert

würde. Klimarisikoversicherungen funktionieren außerdem nur als Teil einer umfassenden Klimarisikomanagementstrategie – sie leisten schnelle Hilfe, sollten aber so gestaltet sein, dass sie auch einen Anreiz zur Vorsorge setzen. Und sie decken in aller Regel nicht die gesamte Schadenssumme ab. Hier müssen zusätzliche Instrumente wie Fonds oder internationale Hilfszahlungen verwundbare Menschen langfristig unterstützen.

Philippinen

Herausforderung: Wirbelstürme

Lösungsansatz: Katastrophenrisikoversicherung für kleine und mittelständische Unternehmen

Delma Yerro betreibt einen Sari-Sari-Laden in Tacloban auf den Philippinen. „Sari-Sari“ bedeutet übersetzt „Verschiedenes“ und beschreibt gut ihr Angebot, das von Snacks über Tabak bis zu Seife reicht. Bei Frau Yerro treffen sich die Nachbar:innen nicht nur zum Einkaufen, sondern auch, um Neuigkeiten auszutauschen oder mal etwas zu essen. Auf den Philippinen gibt es schätzungsweise über eine Million solcher Sari-Sari-Läden.

Im Jahr 2013 wütete der Supertaifun Haiyan über den Philippinen. Er kostete rund 10 000 Menschen das Leben und hinterließ verheerende Schäden. Frau Yerro zählt zu den Überlebenden. Wie viele andere Menschen im Haiyan-Korridor musste sie jedoch erleben, wie ihre Existenzgrundlage durch den Supertaifun komplett zerstört wurde. Mit Extremwetterereignissen muss man auf den Philippinen ständig rechnen: Hier gibt es durchschnittlich 20 Taifune jährlich. Oft stehen die für den Wiederaufbau erforderlichen Gelder nicht zur Verfügung. Das musste auch Frau Yerro feststellen, als sie nach dem Taifun ihren Laden wiederaufbauen wollte.



Zerstörte Häuser in der Stadt Tacloban auf den Philippinen. Der Taifun Haiyan war einer der heftigsten tropischen Wirbelstürme, die jemals gemessen wurden. Im Jahr 2013 verursachte er große Schäden und forderte viele Todesopfer.

Um Kleinunternehmer:innen wie Delma Yerro nach einer Katastrophe schnell wieder auf die Beine zu helfen, hat die philippinische Regierung zusammen mit 48 anderen klimaanfälligen Volkswirtschaften eine Initiative ins

Leben gerufen, welche die lokale und regionale Versicherungswirtschaft im Land aufbauen soll. Ziel ist es, kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (KKMU) im Katastrophenfall unkomplizierten Zugang zu Liquidität zu ver-



schaffen, aber auch den Zugang zu Krediten zu erleichtern, um Investitionen in Maßnahmen zur Verhinderung von Schäden zu ermöglichen.

Diese Lösungsansätze müssen basierend auf den Bedürfnissen und gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden. Dazu wird auf den Philippinen gerade mit deutscher Unterstützung eine Plattform für Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAP) aufgebaut, die darauf abzielt, Menschen wie Delma in den Mittelpunkt der Lösungsentwicklung zu stellen, um schließlich die Politikgestaltung positiv zu beeinflussen. Durch die Verknüpfung von Leistungsempfänger:innen, Versicherungsentwickler:innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Entscheidungsträger:innen können solche Partnerschaften die Lücke zwischen Nachfrage und Angebot schließen, indem Ansätze, Bedürfnisse und Perspektiven wie die von Delma gestärkt werden und der Aufbau integrierter und widerstandsfähiger Gesellschaften angestrebt wird.

Viktoria Seifert, MCII,
& Kairos Dela Cruz, ICSC

LESER:INNEN-BEFragung



Haben Sie uns was zu sagen?

Hintergründe zu den Weltklimakonferenzen, Berichte von Expert:innen und Menschen aus der Praxis, Analysen zu unseren Themen, Interviews mit Betroffenen einer ungezügelter Globalisierung, transformative Bildungsangebote für eine zukunftsfähige Gesellschaft ...

Im WEITBLICK behandeln wir Themen, die uns besonders wichtig sind. Aber natürlich wollen wir auch über unseren Tellerrand hinausschauen. Und was läge näher, als die Menschen zu fragen, die den WEITBLICK zum Teil seit Jahren lesen und unsere Arbeit verfolgen?

- Welche Art von Beiträgen gefallen Ihnen am besten?
- Wie können wir unsere Zeitung besser in das digitale Zeitalter bringen?
- Was sind Aspekte rund um unsere Hauptthemen Klima, Unternehmensverantwortung, Landwirtschaft und Bildung, die Ihnen im WEITBLICK bisher fehlen?

Fragen, die wir nur mit Ihrer Hilfe beantworten können. Schenken Sie uns Ihre Zeit und nehmen Sie an unserer kurzen Leser:innenbefragung teil.

Vielen Dank!



www.germanwatch.org/weitblickbefragung

Überschwemmte Städte, vertrocknete Äcker

Die allmählich sich verschlimmernden Folgen des Klimawandels, sogenannte Slow-onset-Prozesse, sind in vielen Ländern schon heute zu erkennen

Neben Extremwetterereignissen verursachen langsam voranschreitende Klimawandelfolgen wie der Meeresspiegelanstieg, die Wüstenbildung oder das Auftauen von Permafrostböden bereits heute hohe ökonomische und nicht-ökonomische Schäden und Verluste.

Im Senegal etwa bedrohen die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs zusammen mit anderen menschengemachten Faktoren die Weltkulturerbestadt Saint-Louis. Anpassungsmaßnahmen erreichen hier ihre Grenzen und können die Stadt und ihr Umland nicht mehr komplett vor den immer stärkeren Fluten schützen – tausende Menschen mussten ihre Häuser bereits verlassen. Bis 2080 werden achtzig Prozent des Gebiets von Saint-Louis von Überschwemmungen bedroht sein, 150 000 Menschen werden dann allein dort umgesiedelt werden müssen. Die meisten Städte an der westafrikanischen Küste, in denen insgesamt rund 105 Millionen Menschen leben, sind in ähnlicher Weise bedroht.

Auch auf dem Land zeichnen sich langfristige Folgen des Klimawandels ab, etwa durch zunehmende Bodenversalzung. Böden versalzen, wenn durch Verdunstung Wasser aus tieferen Bodenschichten (dem Grundwasser) nach oben gezogen wird. Der Klimawandel verstärkt diesen Prozess: Steigende Durchschnittstemperaturen führen zu einer vermehrten Salzablagerung; außerdem kann der Meeresspiegelanstieg in küstennahen Gebieten den Salzgehalt des Grundwassers erhöhen.

Die langsam voranschreitenden Klimawandelfolgen erfordern zum einen effektive Instrumente, die die (besonders verwundbaren) Menschen vor deren Risiken und Auswirkungen schützen. Dazu gehören soziale Sicherungssysteme mit Maßnahmen wie Sozialversicherungen, Beschäftigungsgarantien oder „Nahrungsmittel für Arbeit“-Programmen. Im Senegal etwa werden Fischer:innen, deren Arbeit durch den Meeresspiegelanstieg immer schwieriger wird, von Fischereigenossenschaften und -verbänden durch soziale Dienstleistungsprogramme unterstützt. Sie erhalten zum Beispiel kostenlose Schulungen zum Erwerb neuer Fertigkeiten oder werden im Rahmen der Mangrovenrenaturierung beschäftigt.

Zum anderen bedarf es Lösungen, die Menschen dabei unterstützen, ihre Existenz an einem anderen, sicheren Ort wieder aufzubauen und dort möglichst nachhaltig zu leben und zu wirtschaften. Fiji hat als erstes Land der Welt einen Fond eingerichtet, um die Umsiedlung von niedrig gelegenen Küstengemeinden zu finanzieren. Beim Wiederaufbau soll auch der Zugang zu Arbeitsplätzen, Schulen und medizinischer Versorgung sichergestellt werden. Die Finanzierung der genannten Maßnahmen über-



Langsam, aber sicher: In einigen Regionen im Senegal ist die Versalzung der Böden bereits deutlich zu erkennen. Sie bedroht die Existenz von zahlreichen Bäuer:innen und ihren Familien.

steigt allerdings die Kapazität armer Länder – sie muss nach dem Verursacherprinzip auch von der internationalen Gemeinschaft mitgetragen werden.

Laura Schäfer

INTERVIEW

Senegal

Ngor Sarr, Vorsitzender der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft Ndioktor im Dorf Fayil (Region Fatick):



Ich erinnere mich, dass es früher in meinem Dorf einen starken und reichhaltigen Boden gab, der zu jeder Jahreszeit sehr gute Ernten ermöglichte. Wir ernteten Reis, Hirse, Erdnüsse und vieles mehr.

Doch im Jahr 1967 begann ein Prozess, der den Verlauf unseres Lebens bis heute verändert hat. Ich war 20 Jahre alt, als der Sumpf kam und in unsere Plantagen und Ländereien eindrang. Niemand verstand die Ursache. Wenige Monate später waren unsere Ländereien nicht mehr zu gebrauchen. Wir bemerkten eine Schicht aus kleinen Kristallen – wie sich herausstellte, handelte es sich dabei um feine Salzschichten, die nach und nach zu wachsen begannen und große Flächen versalzten Landes bildeten.

Die Situation wurde zu einer sehr ernstesten Angelegenheit, da die Landwirtschaft die wichtigste, wenn nicht die einzige wirtschaftliche Aktivität des Dorfes ist. Die jüngeren Kinder wurden zur Arbeitssuche in die Hauptstadt Dakar geschickt, während die Älteren weiter in der Landwirtschaft arbeiteten,



um die restlichen Anbauflächen zu schützen und Wiederaufforstung zu betreiben. Außerdem wurden Anti-Salz-Dämme aus wiederverwertbaren Flaschen und Blättern gebaut, um gegen die fortschreitende Versalzung zu kämpfen.

In 40 Jahren haben wir 6 000 Hektar Ackerland verloren. Bis heute konnten jedoch 4 000 Hektar wiederhergestellt werden und die Ernteerträge stiegen von 700 kg auf 3,5 Tonnen (Reis, Hirse, usw.). Ermöglicht wurde dies durch regionale Projekte und durch Organisationen wie Enda Energie, die der Gemeinde durch Schulungen und den Aufbau von Kapazitäten dabei halfen, sich zu erholen und die Landwirtschaft auf den vorhandenen Anbauflächen weiterzuentwickeln.

Die Region Fatick ist eine von 14 Regionen Senegals, die im Westen des Landes liegt und für ihr trockenes, tropisches Klima bekannt ist, aber auch als eine Zone, die besonders vom Klimawandel betroffen ist.

Das Interview führte Mouhamadou Lamine Basse, Enda Energie.

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderer:innen und mit anderen Akteur:innen der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer:innen. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 5771 328-0, Fax (030) 5771 328-11

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin

IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00, BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
Redaktion: Rixa Schwarz (V.i.S.d.P.), Vera Künzel, Laura Schäfer,
Janina Longwitz, Tobias Rinn. Stand: November 2021.
Layout: Dietmar Putscher. Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

ENGAGEMENT
GLOBAL
Service für Entwicklungsinstitutionen



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Danksagung

Ehrenamtliches Engagement ist das Salz in der Suppe einer NGO. So hat Dörte Bernhardt fast 25 Jahre lang alle WEITBLICK-Ausgaben am Ende kritisch gegengelesen, immer wieder auf letzte Fehler oder blinde Flecken hingewiesen. Sie war für diese Zeitungen dann auch „verantwortlich im Sinne des Presserechts“. Wir möchten uns für die konstruktive und kritische Qualitätssicherung über diesen langen Zeitraum ganz besonders bedanken.

Herzlichen Dank, Dörte!

Christoph Bals
(Politischer Geschäftsführer von Germanwatch)

Germanwatch Kompakt

Den Wandel gestalten. Für mehr Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.



➔ Sie interessieren sich für die Arbeit und Themen von Germanwatch und möchten gern mehr erfahren?

➔ Unser Newsletter liefert Ihnen mindestens einmal pro Monat News und Expertise rund um umwelt- und entwicklungs-politische Themen mit einem Fokus auf Klimapolitik und -wissenschaft, Menschenrechten und Transformation der Landwirtschaft.

➔ Melden Sie sich an!

➔ www.germanwatch.org/GermanwatchKompakt



Newsletter

Deutschland

Herausforderung: Massive Erhöhung des Risikos von Flutkatastrophen durch den Klimawandel

Lösungsansätze: Verbesserung des Katastrophen- und Klimarisikomanagements

Die Hochwasserkatastrophe, bei der es am 14. Juli 2021 in weiten Teilen Mitteleuropas zu schweren Sturzfluten kam, hat sich tief in die Erinnerungen der Betroffenen eingebrannt. Besonders stark traf es den Landkreis Ahrweiler, wo das Hochwasser der Ahr Zerstörungen in extremem Ausmaß hinterließ. Wir haben mit drei Betroffenen aus dem Kreis Ahrweiler zu ihren Erfahrungen, dem Risikomanagement vor Ort und Wünschen für die Zukunft gesprochen.

Fest steht, dass die Lage von vielen Akteur:innen erheblich unterschätzt wurde. Trotz gut prognostizierter Pegelstände und mehrerer automatisierter Warnmails wurde der Katastrophenalarm im Landkreis Ahrweiler erst nach 23 Uhr ausgerufen. Viel zu spät, um z.B. Evakuierungen noch effektiv umsetzen zu können. Aber auch in der Bevölkerung fehlte es an Bewusstsein, sie konnte sich trotz Wasserstandsmeldung nicht vorstellen, was für eine Katastrophe da auf sie zukommt. „Mein Bruder hat die Pegelentwicklung verfolgt und sich das Ausmaß dennoch nicht vorstellen können. Dabei braucht man eigentlich nicht viel Fantasie, wenn 7,50m in Altenahr prognostiziert wurden und es 3,70m während des Jahrhunderthochwassers 2016 waren“, berichtet Volker Danko, der in Bad Neuenahr-Ahrweiler lebt.

Eine Studie der World Weather Attribution Initiative konnte zeigen, dass der Klimawandel sowohl die Wahrscheinlichkeit als auch die Heftigkeit der Flut deutlich erhöht hat. Jedes weitere Zehntel Grad an Erderwärmung wird die Anzahl und Intensität solcher Extremwetterereignisse weiter verstärken. Dies bringt eine dreifache Botschaft mit sich: Erstens muss Deutschland ambitionierten Klimaschutz betreiben, selbst zügig aus Kohle, Öl und Gas aussteigen und andere dabei unterstützen. „Wir sehen jetzt, dass es teurer ist, die Folgen der Klimakrise zu bezahlen, als die Ursachen zu bekämpfen“, sagt Thomas Schröder aus Kreuzberg, das nach der Flut tagelang von der Zivilisation abgeschnitten war.

Zweitens muss das Risikomanagement vor Ort deutlich verbessert werden. Der UNO-Menschenrechtsausschuss rügte Deutschland erst kürzlich, weil die Bevölkerung nicht ausreichend vor den Folgen des Klimawandels geschützt werde. Hier kann Deutschland von Ländern wie Bangladesch, einem Hotspot für Flutkatastrophen, lernen. Laut dem Klimaforscher Saleemul Huq rettet das Wissen, was im Notfall zu tun ist, Leben. Er rät u.a. dazu, altbewährte Warnsysteme, etwa Sirenen, und eine funktionierende Notfallinfrastruktur aufzubauen.



Drittens müssen wir uns auch an die zukünftig häufiger auftretenden Extremwetterereignisse besser anpassen. Hierfür bedarf es eines bundesweiten Anpassungsgesetzes, das regional und lokal effektiv umgesetzt wird. Volker Danko bringt es auf den Punkt: „Wir brauchen einen schnellen, aber wohlüberlegten Schritt, der unter der großen Überschrift des Umwelt- und Klimaschutzes die vielen Bausteine des Wiederaufbaus zusammenführt. Das ist eine Herkulesaufgabe.“

Mut macht die große Solidarität der vielen Helfer:innen, die nach wie vor in die Region strömen. „Plötzlich stehen fremde Leute im Laden und packen an. Gigantisch gut – das hat mich zu Tränen geführt“, sagt Danko. Dechant Jörg Meyrer, Pfarrer der Pfarreiengemeinschaft Bad Neuenahr-Ahrweiler, drückt es so aus: „Im Ahrtal erleben wir, wie wir uns unsere Gesellschaft wünschen. Hier erfahren wir gelebte Solidarität und Achtsamkeit miteinander – und das gibt uns Kraft.“ So bleibt am Ende unserer Gespräche ein Gefühl der Hoffnung.

Kerstin Opfer & Laura Schäfer

Indien

Herausforderungen: Wirbelstürme, Dürren, Überschwemmungen

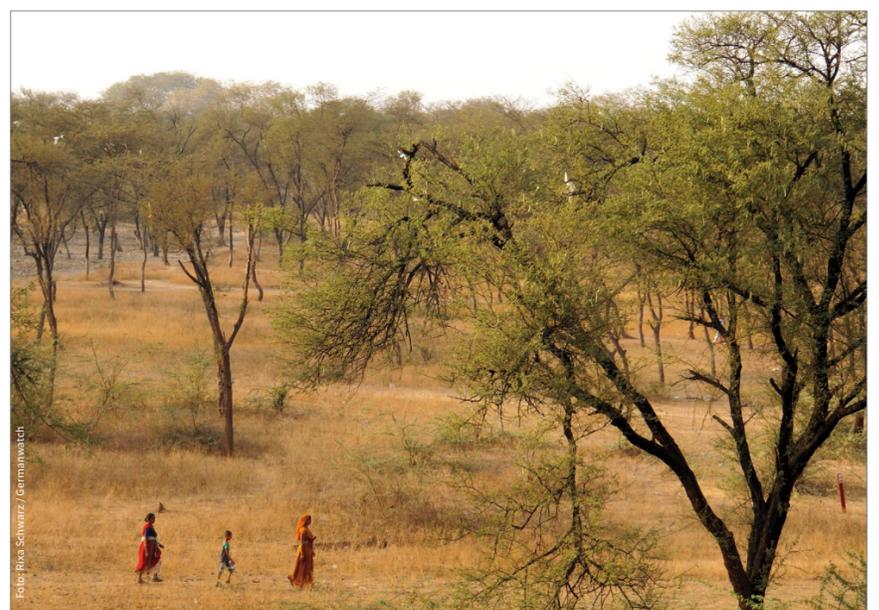
Lösungsansatz: Klima-Risiko-Atlas

Die Berichte der letzten Wochen haben gezeigt, dass extreme Klimaereignisse für Millionen von Menschen aus aller Welt bereits zur Realität geworden sind. Das gilt auch für Indien: Stürme entwickeln sich zu Wirbelstürmen, mehr als die Hälfte des Landes ist von Dürren betroffen, Überschwemmungen von bisher ungekanntem Ausmaß verursachen katastrophale Schäden – die Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen hat in den vergangenen Jahren landesweit stark zugenommen.

Was sollte Indien also tun, um sich auf solche Wetterextreme vorzubereiten? Fest steht: Es fehlen Informationen darüber, wie sich das Risiko in den einzelnen Regionen des Landes verändert. Der Council on Energy, Environment and Water (CEEW) entwickelt daher momentan einen Klima-Risiko-Atlas für Indien. CEEW ist überzeugt, dass die Auswirkungen des Klimawandels dadurch zukünftig besser eingedämmt werden können. Ein Klima-Risiko-Atlas hätte insbesondere vier Vorteile.

Erstens würde der Atlas wichtige Daten zusammentragen, etwa darüber, wie oft Dürren oder Überschwemmungen in den vergangenen Jahren in einzelnen Regionen aufgetreten sind. Das könnte den lokalen Behörden helfen, fundierte Entscheidungen zu treffen. Jeder Bundesstaat sollte außerdem seinen eigenen Risiko-Index erstellen. Nationale und regionale Indizes könnten dann dazu beitragen, Pläne zur Verringerung des Katastrophenrisikos auszuarbeiten.

Zweitens würde der Klima-Risiko-Atlas dabei helfen, die Lebenswirklichkeit der vom Klimawandel betroffenen Menschen zu erfassen. Er sollte in Form von Fotostrecken und Kurzvideos dokumentieren, wie sie Klimarisiken bewältigen und das Thema dadurch in die breite Öffentlichkeit tragen. Den besonders



Weite Teile des westindischen Bundesstaats Gujarat prägt ein (halb-)trockenes Klima. Bei schwachem oder schwankendem Monsunregen ist die Region immer häufiger von Dürren betroffen.

gefährdeten Bevölkerungsgruppen könnte man dadurch mehr Gehör verschaffen.

Drittens könnte der Klima-Risiko-Atlas detailliert kurz- und langfristige Risiken identifizieren, bewerten und in die Zukunft projizieren. Dadurch könnte sich Indien besser auf kommende Herausforderungen vorbereiten – dazu zählen neben Extremwetterereignissen auch Wasserstress, Ernteverluste und der Verlust der Artenvielfalt.

Viertens würde der Risiko-Atlas die Entwicklung eines zentralisierten Notfallüberwachungssystems erleichtern. Dieses wäre darauf ausgelegt, in Echtzeit über Unfälle, Katastrophen und extreme Klimaereignisse sowie über Reaktions- und Hilfsmaßnahmen zu infor-

mieren, und könnte gezielt Anweisungen an betroffene Behörden und Bürger:innen weiterleiten. Der Klima-Risiko-Atlas würde hierbei Schnittstellen zu kritischen Infrastrukturen wie Polizei- und Feuerwehrestationen oder Krankenhäusern bereitstellen.

All diese Überlegungen gründen darauf, dass die Durchschnittstemperatur auch in Indien in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird und wir uns besser auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten müssen. Robuste und wirksame Notfallsysteme sind daher keine Option, sondern eine nationale und globale Notwendigkeit.

Abinash Mohanty, Council on Energy, Environment and Water

